

Probleme demokratischer Wiederbelebung in Peru: eine Zwischenbilanz der Regierung Toledo

Steinhilf, Andreas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Steinhilf, A. (2002). *Probleme demokratischer Wiederbelebung in Peru: eine Zwischenbilanz der Regierung Toledo*. (Brennpunkt Lateinamerika, 23). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443005>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 23

15. Dezember 2002

ISSN 1437-6148

Probleme demokratischer Wiederbelebung in Peru: Eine Zwischenbilanz der Regierung Toledo

Andreas Steinhilf

Vor nunmehr anderthalb Jahren hat Alejandro Toledo das schwierige Amt des Staatspräsidenten in Peru angetreten – Zeit also für eine Bestandsaufnahme. Wohl kein anderer Präsident in der politischen Geschichte Perus wurde je mit soviel Skepsis schon vor seinem Amtsantritt bedacht. Von Beginn an besaß Toledo keine Vorschusslorbeeren, hatte er doch die Stichwahlen um die Präsidentschaft nur denkbar knapp, als „kleineres Übel“ sozusagen, für sich entscheiden können. Zudem ist es um die Geduld der peruanischen Bevölkerung mit Politikern schon seit langem nicht zum Besten bestellt. Geradezu folgerichtig erlebte die Regierung Toledo, allen voran der Präsident selbst, einen historisch in seiner Schnelligkeit bislang unvergleichlichen Popularitätsverfall. Schon nach kurzer Zeit sah sich die Regierung, vor allem in der Provinz, organisierten Massenprotesten gegenübergestellt. Die am 17. November abgehaltenen Kommunalwahlen brachten denn auch insoweit die erwarteten Ergebnisse, als sie den Vertrauensverlust in die Regierung dokumentierten. Gleichzeitig erlebte jedoch die längst tot geglaubte traditionelle Mitte-Links-Partei Alianza Popular Revolucionaria Americana (APRA) mitsamt ihres seinerzeit in der kolumbianischen Versenkung verschwundenen Parteiführers Alan García einen in dieser Dimension unerwarteten Aufschwung. Erfährt Peru also eine Renaissance traditioneller Volksparteien, oder dauert das Regiment der politischen Outsider an? Und wie ist es bestellt um das politische Szenarium, auf dem noch immer die Ära Fujimori lastet?

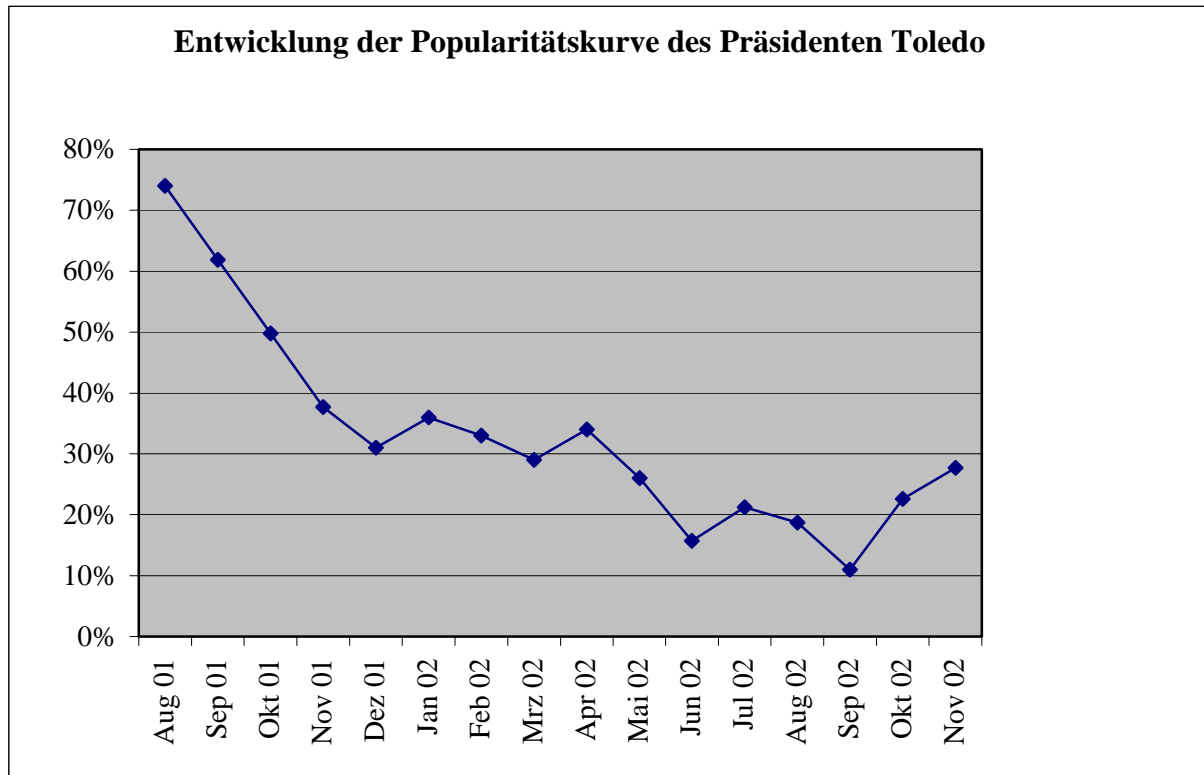
Popularitätsverfall Toledos

Der Popularitätsschwund Alejandro Toledos ging außergewöhnlich rasant vonstatten. Auch wenn der Pessimismus, das Misstrauen und die Skepsis in der Bevölkerung von Beginn an beträchtlich

waren, so muss die Schnelligkeit, mit der seine Regierung Kredit verspielt hat, doch überraschen (s. Abbildung 1¹).

¹ Sowohl die Grafik als auch das Zahlenmaterial zu diesem Unterkapitel wurden von Susanne Willuhn erstellt, die im November und Dezember 2002 als Praktikantin im Institut für Iberoamerika-Kunde tätig war.

Abbildung 1:



Quelle: *Resumen Semanal* (DESCO) und *Datum International*.

Bereits vier Monate nach Amtsantritt war die Popularität Toledos um mehr als die Hälfte gesunken, und nur noch 31% zeigten sich mit der Amtsführung des Präsidenten zufrieden. 63% der Bevölkerung waren jedoch zu dieser Zeit immerhin der Meinung, man müsse der Regierung mehr Zeit zugestehen. Die geringe Performance der Regierungspolitik zeigte sich indes bereits in dieser Anfangsphase: Das Projekt *A trabajar* („An die Arbeit“), eine der zentralen Initiativen der Regierung Toledo im Zusammenhang mit der Armutsbekämpfung, wurde nur unzureichend in der Öffentlichkeit dargestellt und deshalb mit nur 7% Zustimmung innerhalb der Bevölkerung wenig enthusiastisch aufgenommen, obwohl auf der anderen Seite 85% den chronischen Beschäftigungsmangel als Hauptproblem ansehen.

Ab März 2002 sanken die Popularitätswerte Toledos weiter. Der Hauptgrund für die zunehmende Ablehnung war, laut Umfragen, die mangelnde Glaubwürdigkeit des Präsidenten: 44% der Befragten warfen ihm vor, seine zahlreichen Wahlkampfversprechen nicht zu erfüllen. Zudem sprach man ihm die notwendige Fähigkeit ab, wichtige Entscheidungen treffen und Probleme lösen zu können. Tatsächlich kristallisierte sich in

dieser Zeit die Entscheidungsunfreudigkeit als zentrales Manko und negatives „Markenzeichen“ des Präsidenten heraus. Zwar stiegen die Umfragewerte nach dem Besuch des US-amerikanischen Präsidenten Bush in Lima im April 2002 wieder leicht zu seinen Gunsten an, Missmut lösten jedoch danach vor allem die Privatisierungsmaßnahmen im Süden Perus aus. Eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung der Protestaktionen spielten dabei die *frentes regionales*, von dem Zeitpunkt an wichtigste außerparlamentarische Opposition gegen die Regierung Toledo. Aber auch in Lima wehte dem Präsidenten ein rauer Wind entgegen: Als er Ende April Gamarra besuchte, ein Zentrum kleiner und mittlerer Betriebe in Lima vor allem aus dem informellen Textilsektor, wurde er zum Empfang mit Tomaten und Plastikflaschen beworfen; auch bei einem Besuch des Nationalstadions in der peruanischen Hauptstadt wurde er mit Wurfgeschossen und nicht mit Beifall bedacht. Ein untrügliches Zeichen dafür, dass es der Regierung Toledo trotz aller Bemühungen um Demokratisierung bislang nicht gelungen ist, wirtschaftliche Erfolge zu verbuchen (Goedeking 2002).

Im Juni 2002 erreichte der freie Fall der Popularität Toledos einen vorläufigen Tiefpunkt, die auf unter 20% sank. Die Proteste gegen die geplante Zustimmung zur Privatisierung der Elektrizitätswerke *Egasa* und *Egesur* in Arequipa Mitte Juni, die mehr als 100 Verletzte gefordert hatten, führten zu einer ersten Regierungskrise. 45% der Befragten sprach sich für eine Totalerneuerung des Kabinetts aus, 43,3% befürwortete eine teilweise Umbildung, und 67% hielten den Rücktritt des Innenministers Rospigliosi für angebracht. Gar 80% der Peruaner glaubten in dieser Phase, dass Toledo vor dem Ende seiner offiziellen Amtszeit 2006 abtreten müsse. Die angestrebte Privatisierung wurde daraufhin vorerst verschoben, und der arg in die Schusslinie geratene Rospigliosi trat zurück. Erst die traditionelle Rede an die Nation zum peruanischen Nationalfeiertag am 28. Juli ließ die Popularität des Präsidenten wieder leicht ansteigen, wobei insbesondere seine selbstkritischen Äußerungen positiv aufgenommen wurden.

Ein erneuter extremer Fall auf 11%, Anfang September 2002, war der bislang absolute Tiefstand in der Popularität des Präsidenten. Zuvor hatte seine Frau Eliane Karp, die bereits im Wahlkampf durch wenig hilfreiche öffentliche Äußerungen aufgefallen war, die Politiker der traditionellen Parteien als *partiduchos tradicionales y golpistas* beschimpft, was sicherlich nicht zum Nutzen ihres Mannes gewesen sein dürfte und beinahe in eine Regierungskrise gemündet hätte.

Die vornehmlich von seinen Regierungskollegen lange und sehnlichst erwartete offizielle Anerkennung seiner unehelichen Tochter Zarái im Oktober schließlich – die Spekulationen um eine uneheliche Tochter des Präsidenten waren bereits in Zeiten des Wahlkampfes ein Thema und auch danach einer der Gründe für den Rückgang seiner Popularität – bedeutete gleichsam einen Wendepunkt und ließ Toledo von da an in der Wählergunst wieder etwas besser aussehen (gemäß Umfragen der *Universidad de Lima* befürworteten 87,2% der Bevölkerung diesen Schritt des Präsidenten). Gegenwärtig weist das Popularitätsbarometer Toledos eine gewisse Stabilität auf und hat sich bei ungefähr 25-27% eingependelt.

Das Dilemma der peruanischen Politik liegt in der Kurzfristigkeit der Nachfrage nach politischen Entscheidungen mit unmittelbar spürbaren Folgen seitens der Bevölkerung. Verbunden mit zum Teil völlig diffusen Erwartungen an Politik schafft dies einen deutlichen Widerspruch zu der Notwendigkeit einer langfristigen strukturerneuernden Politik zur Wiederherstellung der Insti-

tutionalität. Dies konnte kaum besser als mit dem rasanten Popularitätsverfall Toledos dokumentiert werden. Politik wird für einen beträchtlichen Teil der peruanischen Bevölkerung immer noch in der Hauptsache mit handfesten und sofort sichtbaren Ergebnissen in Verbindung gebracht. Die mediengerechte Zubereitung solcher *events* wird zum zentralen Element eines derartigen Verständnisses von Politik. Tatsächlich ist ein Jahrzehnt lang unter Fujimori genau so Politik für die Öffentlichkeit „prepariert“ worden und hat entsprechende Spuren hinterlassen. Hinzu kam, dass sich der Präsident Toledo zunächst kaum anders verhielt als der Kandidat und Wahlkämpfer Toledo und in den ersten Monaten seiner Amtszeit die „Versprechungskampagne“ fortsetzte. Dies wurde vielerorts mit Befremden registriert, vor allem als immer deutlicher wurde, dass das meiste der vollmundigen Beteuerungen niemals eingelöst werden kann. Zudem fehlen der Regierung auch weiterhin eine klare Linie und ein sichtbares Konzept. Ein vielstimmiges und politisch sehr heterogen zusammengesetztes Kabinett trug bislang ebenfalls nicht dazu bei, eine gemeinsame Zielrichtung und homogene Außendarstellung der Regierung zu erreichen. Schließlich gestaltete sich auch die Mehrheitsfindung im Parlament als äußerst knifflig (Goedeking 2002). Die ohnehin geringe Geduld der Bevölkerung wurde so rasch aufgebraucht, ihr Misstrauen gegenüber der Demokratie nahm abermals zu und die politische Krise und Stagnation des Führungsapparates waren vorprogrammiert.

Bisherige Bilanz der Regierung Toledo

Nach Amtsantritt begann die neue Administration zunächst damit, zahlreiche von der Übergangsregierung Paniagua initiierte Reformen fortzuführen. Dazu zählte sowohl die Weiterführung der Wahrheitskommission, die die in den letzten zwanzig Jahren in Peru begangenen Menschenrechtsverletzungen benennen und aufklären soll, als auch die Durchführung einer Verfassungsreform, die insgesamt den Boden für eine stärkere Dezentralisierung der staatlichen Macht bereiten und mit den Kommunalwahlen im November 2002 dann auch umgesetzt werden sollte. (Kuriose Randnotiz in diesem Zusammenhang: Das Regionalisierungs- und Dezentralisierungsgesetz – *Ley de los gobiernos regionales* – wurde erst einen Tag (!) vor den Wahlen durch das Parlament verabschiedet und noch nicht einmal, wie es Pflicht gewesen wäre, im offiziellen Regierungsorgan *El Peruano* veröffentlicht. Da bislang keinerlei Details zur finanziellen Seite der Regionalisierung bekannt sind, weiß beispielsweise nie-

mand, welchen Anteil des Staatshaushaltes den Regionen in Zukunft zustehen wird).

Eine der zentralen Vorgaben war es auch, die versprochene konzertierte Aktion aller politischen Kräfte des Landes ins Leben zu rufen, um einen gemeinsamen Pakt zur Regierbarkeit (*governabilidad*) zu ermöglichen. Jener nationale Dialog soll sowohl für die aktuelle als auch für zukünftige Regierungen bindend sein. Anfang März unerzeichneten denn auch alle an der Aktion beteiligten politischen Gruppierungen ein Dokument *Diálogo para lograr un acuerdo nacional* und bekräftigten damit ihre Bereitschaft, an einer dauerhaften Festigung der Demokratie und dem Entwurf einer gemeinsamen Vision für die Zukunft des Landes mitzuwirken. Vier Leitlinien sollen danach die Politik der nächsten zwanzig Jahre prägen: Demokratie und Rechtsstaat, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerbsfähigkeit des Landes und Effizienz sowie Transparenz und Dezentralisierung des Staates.

Auf der wirtschaftlichen Seite wurde der rigore Sparkurs der Interimsregierung fortgeführt. Der Rückzahlung der Auslandsverbindlichkeiten und der schnellen Privatisierung staatlicher Unternehmen wurde Priorität eingeräumt, um mit dem Internationalen Währungsfond abgeschlossene Vereinbarungen erfüllen zu können. So hatte Toledo zwar im Wahlkampf versprochen, die beiden Elektrizitätswerke *Egasa* und *Egesur* nicht zu privatisieren, brach dann aber sein Versprechen, um diese Entscheidung später allerdings, wie bereits erwähnt, vorerst zu widerrufen.

Weitere punktuelle Maßnahmen, die die Regierung Toledo auf der Habenseite verbuchen kann, waren die Schaffung eines Spezialfonds zur Verwaltung zurückerhaltener Korruptionsgelder und die Einrichtung einer nationalen Kommission zur Korruptionsbekämpfung und Förderung der Ethik und Transparenz, die Initiierung des Programms ORDESUR zum Wiederaufbau der im Juni 2001 von einem Erdbeben zerstörten südlichen Landesteile, die Gründung einer Agrarbank zur Finanzierung von kleinen und mittleren Landwirtschaftsbetrieben, die Schaffung des großangelegten staatlichen Beschäftigungsprogramms *A trabajar* in den ländlichen Provinzen im Süden und *A trabajar en la ciudad* für die Arbeitsplatzbeschaffung in der Stadt, die Errichtung eines landesweiten Bildungsprojekts *Huascarán*, in dessen Rahmen Schulen mit Computern ausgestattet und ans Internet angebunden wurden und schließlich die Initiierung von Wohnungsbauprogrammen.

Auf der anderen Seite stehen eine Reihe negativer Komponenten der bisherigen Amtszeit, die größtenteils mit der genannten Richtungs- und Konzeptlosigkeit vor allem des Präsidenten selbst verbunden sind. Der Einschätzung der allermeisten neutralen Beobachter zufolge ist Alejandro Toledo dem Amt des Staatspräsidenten schlicht nicht gewachsen, „die Schuhe sind ihm ein paar Nummern zu groß“, wie schon seit geraumer Zeit allorts zu hören ist. Sein undurchsichtiges Verhalten im Zusammenhang mit der Veröffentlichung privater Probleme, die sowohl in der Öffentlichkeit als auch innerhalb des Kabinetts äußerst umstrittenen Auftritte der *primera dama* sowie das teilweise wenig souveräne Auftreten des Präsidenten auf dem internationalen Parkett ließen ihn in der Tat kaum professionell erscheinen und führten zu regierungsinternen Krisensituationen, die bisweilen sogar die Regierungsfähigkeit der Koalition insgesamt infrage stellten.

Auch gegenwärtig steht die Regierung Toledo nicht gerade auf festen Füßen. Lima ist seit einigen Wochen Schauplatz einer unüberschaubaren Zahl sozialer Proteste. Dabei geht es allerdings zumeist weniger um die allgemeine Unzufriedenheit mit der Regierung als um die Ad-hoc-Durchsetzung von wirtschaftlichen Forderungen spezifischer Berufs- bzw. gesellschaftlicher Gruppen, die, bislang zumindest, meist von Erfolg gekrönt waren. So dürfte der 11. November als Tag des Bürgerprotestes in die Geschichte Limas eingehen: Nicht weniger als 24 Protestmärsche zogen an diesem Tag durch die peruanische Hauptstadt (*Caretas* Ed. 1750, 5.12.2002). In gewisser Weise erinnert dies schon sehr stark an die bolivianischen Verhältnisse des vergangenen Jahres, als dort die permanenten Protestmärsche jedweder Art zuweilen das gesamte Land lahm legten und erfolgreich als Druckmittel gegen die damalige Regierung Banzer verwendet wurden.

Szenarium nach den Kommunalwahlen im November 2002

Wie bereits im Vorfeld von den meisten Beobachtern vorhergesagt, wurde die politische Landkarte mit den Kommunalwahlen am 17. November 2002 neu gezeichnet. Den Prognosen entsprechend, musste die Regierungspartei Toledo, *Perú Posible*, eine schwere Niederlage einstecken und konnte lediglich eine der insgesamt 25 *gobiernos regionales* (Regionalregierungen auf Ebene der Departments) gewinnen. Weniger eindeutig prognostiziert wurde freilich das Comeback der traditionellen Mitte-Links-Partei APRA und mit ihr des Ex-Präsidenten Alan Garcías.

Tatsächlich ging die ehemals wichtigste Volkspartei des Landes als stärkste politische Kraft aus diesen Wahlen hervor: Nicht weniger als zwölf *gobiernos regionales* werden demnach in Zukunft von den *Apristas* gestellt. Schon während der Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2001, spätestens nun aber mit den Kommunalwahlen vom 17. November 2002 hat sich Alan García damit im Zentrum der peruanischen Politik zurückgemeldet. Parallel zu Garcías wiedergewonnenem politischen Einfluss steht das nunmehr ebenfalls beträchtliche politische Gewicht der Präsidentschaftskandidatin von 2001, Lourdes Flores von *Unidad Nacional* (UN). Auch sie repräsentiert eigentlich die traditionelle Parteienlandschaft Perus, gilt die Gruppierung *Unidad Nacional* doch als verkappte PPC (*Partido Popular Cristiano*), noch in den 80er Jahren eine der bedeutendsten politischen Kräfte des Landes. Schließlich hat der Kandidat von *Unidad Nacional* für die Bürgermeisterwahlen in Lima, Luis Castañeda Lossio, einst neben Alberto Andrade und Alejandro Toledo einer der wichtigsten Widersacher der Fujimori-Diktatur, die Wahlen für sich entscheiden können. Castañeda konnte den zuvor zweimal gewählten Alberto Andrade von *Somos Perú* (SP) überraschend besiegen. Damit hält die Gruppierung von Flores dieses innerhalb der nationalen Politik so wichtige Amt von nun an aus ihren Reihen besetzt.

Die Unabhängigen und *frentes regionales* außerhalb Limas haben sich als zweitwichtigste politische Kraft des Landes konstituiert. Dies gilt insbesondere für das amazonische Tiefland, wo sich die Bevölkerung am wenigsten durch die bestehenden politischen Gruppierungen repräsentiert fühlt, die somit dort am schwächsten sind. Durch den Sieg der politisch eher links orientierten *Apristas* und *Independientes* in den Provinzen außerhalb Limas und der beiden Mitte-Rechts-Bewegungen *Unidad Nacional* und *Somos Perú* in Lima zeichnet sich ein Kontrast zwischen der Hauptstadt Lima und dem Rest des Landes ab. Die APRA war der klare Sieger in den Küstenregionen und urbanen Zentren außerhalb der Hauptstadt, konnte darüber hinaus auch im Hochland und amazonischen Tiefland Gewinne verzeichnen und gewann schließlich wesentlich mehr Departments als erwartet. Der Triumph von Castañeda Lossio in Lima hingegen war mehr als persönlicher Erfolg zu werten und weniger auf die politische Gruppierung zurückzuführen, die er repräsentiert. Auf Distriktsebene in Lima teilte sich die Wählerschaft ziemlich exakt zwischen *Somos Perú* und *Unidad Nacional* auf. Die neue vereinigte Linke (*Movimiento de Nueva Izquier-*

da) stellt indes immerhin eine der "regionalen Regierungen" im Department *Madre de Dios* und erzielte damit das gleiche Ergebnis wie die Regierungspartei *Perú Posible*.

Neben einer beachtlichen Schwächung der Partei des amtierenden Präsidenten auf nationaler Ebene, wodurch der Regierung der innenpolitische Gegenwind in Zukunft noch stärker ins Gesicht wehen dürfte (schließlich waren es die regionalen Bewegungen, die in der Vergangenheit die Regierung Toledo ins Wanken gebracht haben), bedeutet das Ergebnis dieser Kommunalwahlen aber auch eine enorme Bürde und ein Risiko für die nunmehr stärkste oppositionelle Kraft, die APRA. Tatsächlich wird die Amtsführung der gewählten zwölf „regionalen Regierungschefs“ zur Feuerprobe für die Partei sowie ihren Vorsitzenden. Immens ist die Last der Vergangenheit und der katastrophalen Regierungsperiode der APRA unter García 1985-1990. Ein Versagen der gerade gewählten „regionalen Regierungschefs“, die ihr Amt im Januar 2003 antreten werden, könnte die abermaligen Präsidentschaftsbestrebungen Garcías für 2006 schon frühzeitig begraben. Es ist deshalb kaum verwunderlich, dass García, dem das Ergebnis in dieser Deutlichkeit wohl selbst nicht ganz geheuer war, nach der Wahl zur politischen Konzertation und die gerade gewählten „regionalen Präsidenten“ zu einer „Politik der Öffnung“ aufrief. Gleichzeitig forderte er die Regierung Toledo jedoch auf, aufgrund ihrer Legitimitätseinbuße einen Teil ihrer Macht an die neuen regionalen Regierungen abzugeben. Die Koalitionspartner *Perú Posible*, *Frente Independiente Moralizador* (FIM) und *Acción Popular* (AP) sollten, so García, zwar weiter die Geschicke der Exekutive lenken, müssten sich jedoch von nun an mit den 25 Regionalregierungen abstimmen. Dies ist in der Tat eine Realität, die der amtierenden Regierung Toledo eher apokalyptisch anmuten dürfte und vor den Wahlen wohl lediglich als *worst-case*-Szenarium angedacht wurde.

Auch wenn alle politischen Kräfte derzeit noch das Gegenteil beteuern: Für die Zukunft zeichnet sich statt des eigentlich seit der Amtsübernahme Toledos angestrebten überparteilichen Konsenses ein Konfrontationsszenarium ab, wodurch die Handlungsfähigkeit der derzeitigen Regierung vermutlich zusätzlich infrage gestellt wird.

Analyse der politischen Landschaft und Blick in die Zukunft

Wie immer, sind politische Prognosen für Peru ein gewagtes Unterfangen. Tatsächlich hat sich als einzige Konstante der jüngeren politischen

Geschichte des Landes die Unsicherheit sowie das Überraschende und Unerwartete herauskristallisiert.

Einerseits besteht kaum Grund zu Optimismus. Der Zusammenbruch des *Fujimorismo* resultierte zu sehr aus den internen Widersprüchen des Regimes sowie seinem fortwährenden Legitimitätsverlust. Erst daraus, und nicht etwa aus der Konsolidierung einer alternativen sozialen oder politischen Kraft, resultierten die spontanen und weitgehend unorganisierten Protestbewegungen, die mit zum Fall des Regimes beitrugen. Der Niedergang Fujimoris kam viel eher unerwartet und unvorhergesehen, weshalb die politischen Akteure, die in der Folge die Zügel in die Hand nahmen, schwach, vorwiegend improvisierend und ohne Bindekraft zu einer breiten sozialen Basis auftraten. Obendrein neigten die neuen Akteure, bedingt durch den raschen Zerfall des *Fujimorismo*, zur Selbstüberschätzung der eigenen Fähigkeiten und Verkennung der zu bewältigenden Herausforderungen. Tatsächlich stand nicht weniger als die Wiederherstellung des gesamten institutionellen und politischen Systems des Landes auf der Agenda. Freilich mussten zugleich diejenigen, die zur Rekonstruktion aufgerufen waren, als Bestandteil der politischen Klasse selbst Teil der Rekonstruktion werden.

Der peruanische Politologe Martín Tanaka vermutet, dass die politische Elite des Landes zunächst einen Lernprozess zu durchlaufen hatte, der zudem erst in der Endphase der Regierung Fujimori einsetzte, als der immer autoritärer, willkürlicher und korrupter handelnde Machtapparat sie quasi dazu zwang, die Vorzüge eines demokratischen Systems schätzen zu lernen (Tanaka 2001: 104). Genau dann allerdings, als die Notwendigkeit immer klarer wurde, über die politische Kurzfristigkeit hinaus eine deutliche Alternative zum *Fujimorismo* aufzubauen, mit einer Betonung auf der sozialen Komponente und als Resultat programmatischer Konvergenz, brach das Fujimori-Regiment mit Getöse in sich zusammen. Nachdem der vermeintlich übermächtige Widersacher plötzlich verschwunden war, demgegenüber die politische Opposition sich zu artikulieren begonnen hatte, setzte abermals ein Prozess der politischen Konfrontation und Fragmentierung derjenigen politischen Kräfte ein, die eigentlich zu der so dringend erforderlichen Suche nach Konsens auf einer möglichst breiten politischen Basis aufgerufen waren. Vor allem während des Wahlkampfes für die Neuwahlen im Frühjahr 2001 wurde dies überdeutlich (*Brennpunkt Lateinamerika* Nr. 11-01).

Abermals konnten so Ansätze zu einer Konsolidierung der politischen wie institutionellen Struktur nicht weiterentwickelt werden, auch wenn die Interimsregierung Paniagua einiges zur Stabilisierung und Re-Institutionalisierung des Landes beigetragen hat. Immerhin wurden saubere Wahlen durchgeführt, aus denen ein legitim gewählter Präsident sowie ein neu zusammengesetztes Parlament hervorgingen. Dennoch haben gerade diese Wahlen auch die Schwachpunkte der politischen Akteure in Peru aufgezeigt: Lediglich zwei Gruppierungen, die an den skandalösen Wahlen im Frühjahr 2000 teilgenommen hatten, tauchten auch wieder bei den Neuwahlen 2001 auf. Kaum beeindruckender kann die für Peru mittlerweile so charakteristische Instabilität und Kurzlebigkeit politischer Organisationen dokumentiert werden. Genau jene beiden Gruppierungen waren denn auch die wichtigsten Protagonisten der Wahlen 2001: *Perú Posible* und APRA.

Die Rückkehr Alan Garcías als einer der Hauptprotagonisten auf die politische Bühne Perus, aber auch die Zunahme der Bedeutung von Lourdes Flores als Repräsentantin des konservativen politischen Spektrums wurde von einigen als Wiederauferstehung der traditionellen Parteien interpretiert. Insbesondere das Aufleben Garcías und der APRA ist allerdings in erster Linie vor dem Hintergrund der enormen Schwäche seiner Rivalen zu sehen. Ein Minimum an parteiinterner Konsistenz hat offenbar ausgereicht, um den Unterschied in einer politischen Landschaft zu markieren, in der politische Parteien derweil kaum mehr als Wahletikette darstellen. Zudem profitierte García von der Art des Zusammenbruchs des Fujimori-Regimes, dessen bislang unerreichtes Ausmaß an Korruption und krimineller Energie viele sogar die Chaos-Jahre der García-Regierung, als das Land völlig zerrissen von Bürgerkrieg und Wirtschaftskrise am Rande des Abgrunds stand, im Nachhinein mit Nachsicht betrachten ließ. Zweifellos ist dies eine extreme und in ihrer Gefährlichkeit nicht zu unterschätzende Tendenz, die das Vakuum im Zentrum der politischen Macht und den völligen Glaubensverlust der peruanischen Wählerschaft an Politikern jedweder Couleur mit aller Deutlichkeit aufzeigt. Zusätzlich Unterstützung erhielt García freilich durch das Verhalten der beiden Kontrahenten Flores und Toledo, das es ihm sogar gestattete, sich als „weiser Staatsmann“ zu präsentieren, und seinen Konsens-Diskurs glaubhaft erscheinen ließ.

Im Gegensatz zu der relativen parteiinternen Stabilität der APRA entspricht die Regierungs-

partei *Perú Posible* dem mittlerweile geradezu klassischen Profil der neuen politischen Akteure Perus. *Perú Posible* ist eine in hohem Maße improvisierte Organisation, die um einen *Caudillo* herum geformt wurde, dessen Charisma und politische Führerschaft sich im Zuge des Widerstands gegen die Fujimori-Diktatur entwickelte. Zwischen dem ersten Wahlgang 2000 und der Stichwahl 2001 konnte die Bewegung ihr Profil keineswegs festigen, sondern wechselte, je nach konjunktureller Lage, fortwährend ihre Orientierung (die wiederkehrende Rotation der persönlichen Berater Toledos sowie deren notorische politisch-ideologischen Differenzen sind ein guter Beleg hierfür). Die geringe Entscheidungsfreudigkeit und fehlende Initiative Toledos während der ersten Monate seiner Amtszeit dokumentieren denn auch folgerichtig die Führungsschwäche innerhalb der Gruppierung.

Betrachtet man die politische Landschaft Perus während der letzten Jahrzehnte, so springt in der Tat die kurze (Über)Lebensdauer, konzeptionelle Schwäche und Instabilität der politischen Akteure ins Auge. Weder die Militärregierungen in den 70er Jahren, noch die Demokratien in den 80er Jahren, noch der *Fujimorismo* der 90er Jahre waren in der Lage, stabile politische Strukturen zu etablieren. Grund dafür dürfte in erster Linie sicherlich die Schwäche des Staates und seine äußerst geringe Standfestigkeit gegenüber negativen externen wirtschaftlichen Einflüssen sein. Noch bis Ende der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts bestimmte die peruanische Oligarchie die gesellschaftliche Ordnung in Peru. Nachdem diese verschwunden und ihre materielle Basis durch die linke Militärregierung Velasco zerstört worden war, etablierten die Militärs zunächst eine neue Ordnung. Die Dekade der 80er Jahre stand dann allerdings ganz im Zeichen des Kampfes um die politische Hegemonie und Neukonfiguration des Landes. Dieser Disput endet mit der neoliberalen Umstrukturierung unter Fujimori, die sich jedoch auch nicht vollständig als gültige Ordnung konsolidieren konnte. Verantwortlich dafür waren in der Hauptsache der extreme Personalismus, die fehlenden Zukunftsvisionen sowie die Korruption jener Regierung, die diesen Prozess leitete.

Ein Blick auf die jüngere politische Geschichte gibt freilich auch Anlass zu Optimismus. Niemals zuvor nämlich gab es einen derart breiten gesellschaftlichen Konsens über die Bedeutung der Verteidigung demokratischer Werte, der Transparenz, dem Kampf gegen Korruption und Autoritarismus. Niemals zuvor existierte ein derartiges Maß an programmatischer Konvergenz in

der politischen Mitte bei den wichtigsten Akteuren. Der Lerneffekt aus dem Trauma des *Fujimorismo* führte zu Allianzen und Übereinkünften innerhalb der politischen Elite, die kurzfristige Stabilität erreichten. Die Regierung Toledo versucht in gewisser Weise, mittels des Konsenses zu regieren, betrachtet man sich etwa die Zusammensetzung des Ministerrats oder der *Junta Directiva del Congreso*. Auf der anderen Seite können die Pakte innerhalb der politischen Klasse zwar kurzzeitig Stabilität erreichen, langfristig aber zu Problemen führen (auch hierfür kann als Beispiel wieder der Nachbar Bolivien und die dortige Megakoalition unter der Regierung Banzer dienen).

Einerseits zwar erschreckend, andererseits jedoch wenig verwunderlich ist in diesem Kontext, dass umgekehrt proportional zum Verfall der Popularität Toledos und der Schwächung seiner politischen Gruppierung die Gunst des weiterhin in Japan flüchtigen Ex-Präsidenten Fujimori im Verlaufe des Jahres anwuchs. Im Mai 2002 etwa sehnten sich laut Umfragen bereits rund 30% nach dem ehemaligen autoritären Staatsführer zurück. Wie nicht anders zu erwarten, flammten daraufhin wieder die Diskussionen um die angeblich historisch begründete autoritäre „politische Kultur“ Perus auf. Trotz aller Mankos und Unsäglichkeiten der Regierung Toledo ist es unerlässlich, dass sie bis 2006 im Amt bleibt und nicht vorher scheitert, wie allorts spekuliert wird, schlicht um der politischen Stabilität und demokratischen Konsolidierung Willen. Eine Frage wird indes jetzt schon heiß diskutiert: Wer kommt nach Toledo? Als unumstritten gilt, dass Alan García 2006 für das Präsidentenamt kandidieren wird. Sein Kontrahent, so jedenfalls sind sich viele Beobachter in Peru sicher, kann eigentlich nur Valentín Paniagua heißen.

Quellen und Literaturhinweise:

- Ballón Echegaray, Eduardo 2002: „El Toledismo y el movimiento social“, in: DESCO (Hg.), Perú Hoy. Centro de Estudios y Promoción del Desarrollo (DESCO), Lima, S. 15-59.
- Goedeking, Ulrich 2002: „Peru: Der mühsame Alltag der Demokratie“, in: Gabbert, Karin u.a., Religion und Macht. Jahrbuch Lateinamerika, Analysen und Berichte Nr. 26, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster.
- Marasco, Gabriel et al. 2002: „Cronología de movilizaciones y debates en torno a las acciones del Gobierno“, in: DESCO (Hg.), Perú Hoy. Centro de Estudios y Promoción del Desarrollo (DESCO), Lima, S. 211-242.
- Tanaka, Martín 2001: „¿Crónica de una muerte anunciada? Determinismo. Voluntarismo, actores y poderes estructurales en el Perú, 1980-2000“, in: Marcus-Delgado, Jane und Tanaka, Martín, Lecciones del final del fujimorismo. IEP, Lima, S. 57-112.
- Resumen Semanal, DESCO, Lima:
<http://www.desco.org.pe/rs-in.htm>
- Que Hacer, DESCO, Lima:
<http://www.desco.org.pe/qh/qh-in.htm - QH>
- Caretas: <http://www.caretas.com.pe/>
- El Comercio: <http://www.elcomercioperu.com.pe>

Autorennotiz:

Andreas Steinhauf, Ethnologe, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Iberoamerika-Kunde. Länderschwerpunkte: Andenländer (Peru, Ekuador und Bolivien). Themenschwerpunkte: Informeller Sektor, Migration, soziale Netzwerke, Multikulturalität und politische Akteure.

E-mail: steinhauf@public.uni-hamburg.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Nina Grabe und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>